



Medium Handelsblatt Online

Thema Energiepreise

Ausgabe 12.12.2022

MONTAG, 12. DEZEMBER 2022, NR. 240

Energiekrise

Preisbremsen gehen am Mittelstand vorbei

In wenigen Tagen sind die Entlastungen bei Strom und Gas beschlossene Sache. Industriebetriebe aber beklagen Schwachstellen.

Klaus Stratmann Berlin

Die Bundesregierung werde den Industriestandort Deutschland nicht kaputtgehen lassen: Das versprach Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erst kürzlich erneut. Die Ampelkoalition unterlegt das auch mit Taten: Energieintensive Unternehmen profitieren unter bestimmten Bedingungen von den Preisbremsen für Strom und Gas. Doch nicht selten gehe die Hilfe am Ziel vorbei, beklagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. „Selbst für energieintensive Unternehmen sind die Hürden in den Gesetzentwürfen zur Gas- und Strompreisbremse extrem hoch“, sagt er. Wenn das so bleibt, müssten viele Unternehmen die Hoffnung begraben, dass die Energiekosten noch gedämpft werden. Während große, börsennotierte Unternehmen die Förderhöchstgrenze von 150 Millionen Euro kritisieren, hat der industrielle Mittelstand andere Sorgen.

Lars Baumgürtel ist geschäftsführender Gesellschafter von Zinq, einem Unternehmen, das an 50 Standorten mit insgesamt 1800 Beschäftigten Stahl verzinkt. Wichtigster Energieträger in der Branche ist Gas, mit dem flüssiges Zink in Wannen kontinuierlich auf einer Temperatur von 450 Grad Celsius gehalten wird. Baumgürtel ist enttäuscht. Er habe positive Erwartungen an die Gaspreisbremse geknüpft, nun sei aber Ernüchterung eingetreten: Der industrielle Mittelstand könne „auf keine oder wenig Unterstützung hoffen“, sagt Baumgürtel. „Der entscheidende Webfehler des Gesetzes liegt darin, dass realitätsfremde Bedingungen an die Gaspreisbremse geknüpft werden.“



Frankreich als Vorbild

Baumgürtel nimmt den französischen Industriestrompreis, der dort schon seit vielen Jahren niedrige Stromkosten für den industriellen Sektor garantiert, als Vorbild. So müsse auch eine wirksame Gaspreisbremse konstruiert sein: Sie müsse alle Industrieunternehmen erreichen und „bedingungslos in Anspruch genommen werden können“. Ein besonderes Ärgernis ist für Baumgürtel die Differenzierung, die die Energiepreisbremsen bei der Höhe der Hilfen für verbundene und für nicht verbundene Unternehmen machen. Baumgürtel rechnet vor: „Ein verbundenes Unternehmen mit zehn Standorten würde bei einem maximalen Gesamtentlastungsbetrag von zwei bis vier Millionen Euro eine Entlastung von 200.000 bis 400.000 Euro pro Standort erhalten, ein nicht verbundenes dagegen maximal zwei bis vier Millionen Euro für einen Standort.“

Auch die Antragstellung und die Abrechnung blieben undurchsichtig und widersprüchlich. „Warum schafft es die deutsche Bürokratie nicht, ein einfaches Gesetz mit einer hohen Umsetzbarkeit und einer entsprechenden Wirkung in die Praxis zu bringen? Unsere Nachbarländer wie Frankreich oder Polen mit ihren wirksamen Energiepreisinterventionen zeigen, wie es geht“, sagt der Unternehmer.

Hinrich Mählmann ist Vorsitzender des Beirats der Otto Fuchs KG und der Schüco International KG. Mähl-

mann hält in Verbindung mit den Energiepreisbremsen Sparanreize für überflüssig: „Unsere Wettbewerber in Asien und Amerika hatten schon vor der jetzigen Energiekrise deutlich günstigere Energiepreise“, sagt er. Zusätzlich Energie einzusparen wäre „nur durch Zurückfahren der Produktion möglich“. Um kalkulierbar arbeiten zu können, habe sein Unternehmen bereits 70 Prozent der für 2023 benötigten Gas- und Strommengen zu historisch hohen Preisen eingekauft. Sein Resümee: „Die Strom- und Gaspreisbremsen helfen uns null.“

Philipp Schlüter ist Vorsitzender des Vorstands der Trimet Aluminium SE. Schlüter kritisiert, die Strom- und die Gaspreisbremse änderten nichts an der Situation der energieintensiven Industrie. „Als Aluminiumhersteller sind wir auf Strompreise angewiesen, die international wettbewerbsfähig sind. Der gedeckelte Strompreis liegt jedoch deutlich höher als in anderen Regionen, in denen Aluminium produziert wird“, sagt er. Sein Unternehmen könne „nicht annähernd“ kostendeckend produzieren. „Wir erwarten von der Politik, dass sie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die energieintensive Grundstoffindustrie schafft, die langfristig verlässlich sind.“ Dazu gehöre ein Industriestrompreis.